

## Alle Wege führen nach Kairo

von Reiner Bernstein<sup>1</sup>

Nach Syrien also Gaza. Von den westlichen Hauptstädten aus wurde leidenschaftlich um das Ende der Gewalt zwischen Israel und der „ Hamas“ gerungen. Allein Moskau hielt sich zurück, weil es vollauf mit seiner Einflusswahrung in Damaskus beschäftigt ist. Da Ban Ki-moon, Tony Blair, Hillary Clinton, Laurent Fabius und Guido Westerwelle in Jerusalem zunächst nichts anderes erwarten konnten, als mit den bekannten Formeln der absoluten nationalen Sicherheit begrüßt zu werden, setzten sie ihre Hoffnungen auf die Reise in die ägyptische Hauptstadt.

Zu ihrer Überraschung erlebten sie, dass Mohamed Mursi als politischer Repräsentant der Moslebrüder nach einem Ausgleich zwischen der Abhängigkeit von Europa wie den USA und der Rolle Ägyptens als arabisch-islamischer Führungsmacht sucht<sup>2</sup>. Mit ihrer

---

<sup>1</sup> Abgeschlossen am 21. November 2012.

<sup>2</sup> Nachtrag: Im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (15.12.2012, S. 6: „Der Geist der Revolution wird mit Füßen getreten“) erwidert Hamdin [*Hamdeen*] Sabahi [*Sabachi*] auf die Bemerkung, dass Mursi „für seine Diplomatie im Gaza-Krieg viel Anerkennung erfahren“ habe: „Ja, weil er das Gleiche getan hat wie vor ihm Mubarak: sich den Interessen Israels und Amerikas zu unterwerfen. Nur mit dem Unterschied, dass Ägypten nun zum ersten Mal als Polizist eingesprungen ist, der die Sicherheit Israels verteidigt, indem es die Hamas daran hindert, Raketen abzuschießen. Von daher wundert es mich nicht, dass die Vereinigten Staaten Mursi dankbar sind.“ Was würde er, Sabahi, anders machen, wenn er Ägyptens Präsident wäre? „Ich würde sicherlich Ägypten nicht in einen Krieg mit Israel verwickeln. Aber auf Grundlage des Friedensvertrages würde ich ein Verhältnis der Würde anstreben. Auch gegenüber der amerikanischen Regierung übrigens: Das alte Verhältnis als Satellit der Vereinigten Staaten gehört überholt, das neue muss auf Gleichberechtigung beruhen.“ Sabahi hatte sich 2011 bei den Wahlen vergeblich um die Staatspräsidentschaft bemüht. Vgl. dazu die Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage. In der Zeitschrift „The New Republic“ („America’s Responsibility in the New Middle East“, 26.11.2012) bezeichnete Dennis Ross vom „Washington Institute for Middle East Policy“ Ägypten als „unverzichtbaren Spieler“ („indispensable player“). Washington „needs to reinforce Morsi’s understanding that assistance and investment from the outside depend on preserving Egypt’s relationship with Israel and ensuring that calm prevails [in Gaza].“

Pendeldiplomatie bestätigt die internationale Staatengemeinschaft erneut den Vorwurf, dass sie auf Verschiebungen in Kräfteverhältnissen nicht vorbereitet ist und dem Krisenmanagement näher steht als einer politischen Strategie, die über Reaktionen auf die notorischen Unwägbarkeiten in der Region hinausreicht.

Nachdem die Autonomiebehörde in der eigenen Bevölkerung jegliche Autorität verloren hat, scheinen ihre Tage gezählt zu sein. Paradoxerweise kann sie nur noch von außen, von den USA und von der Europäischen Union, gerettet werden. Denn in der Westbank schwinden ihre politischen Gestaltungsspielräume dramatisch. Vor Ort rühmte der deutsche Außenminister zwar noch einmal die internationale Unterstützung jener „Kräfte, die den palästinensischen Staat auf friedlichem Weg erreichen wollen“. Doch im selben Atemzug kündigte er die Ablehnung des zweiten UN-Antrags an, mit dem die Palästinenser auf die Beobachterrolle eines „non-member state“ hinarbeiten wollen. Geradezu folgerichtig forderte Westerwelle die Ägypter auf, für den Gazastreifen eine „Entwicklungsperspektive“ zu eröffnen. Ahnte er das Scheitern der Zwei-Staaten-Lösung, indem er sich von der Autonomiebehörde in Ramallah lossagte und Kairo ermutigen wollte, für 1,7 Millionen Palästinenser die volle Verantwortung zu übernehmen?

In Berlin und anderswo sollte endlich verstanden werden, dass Juden und Araber zwischen Mittelmeer und Jordan die natürlichen Verbündeten im Nahen Osten sind, nachdem die arabischen Regierungen über politisch wertlose Solidaritätserklärungen nicht hinweggekommen sind und ihre Friedensinitiative von 2002 Makulatur ist, woran beileibe nicht nur Israel die Schuld trägt. Vielleicht dient die neutrale Schweiz den anderen Europäern am 29. September – in Erinnerung an die virtuelle Unabhängigkeitserklärung Palästinas Mitte November 1988 in Algier und an das exakte Datum

---

des UN-Teilungsplans von 1947 – als Vorbild, wenn der Bundesrat der Empfehlung der Außenpolitischen Kommission folgt, den palästinensischen Antrag in der UN-Generalversammlung gutzuheißen.

Im arabischen Raum gehört die Zukunft dem politischen Islam, dessen Flügel um institutionelle Legitimität ringen; hier die moderate „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“ Mursis, dort die Partei „Das Licht“ der Salafisten. In Israel werden die religiösen Gewichte in Regierung und Gesellschaft weiter wachsen, unter deren Dach die politische Vernunft auf der Strecke zu bleiben droht. In diese Stimmungslage hinein, auch eine Bodenoffensive in Kauf zu nehmen, ragte der Aufruf „Wir müssen reden“ der Autoren um Amos Oz, A.B. Yehoshua und Josua Sobol an die Adresse Benjamin Netanjahus wie ein erratischer Irrläufer.

Im Gazastreifen haben die israelischen Vergeltungsschläge nach den Raketenabschüssen auf Israels Süden dafür gesorgt, dass die „ Hamas“ Einigkeit mit den Radikalen demonstrieren musste. Die beste Methode, die „Bewegung des Islamischen Widerstandes“ mit Ismail Haniyeh an der Spitze politisch einzubinden, wurde im Westen vertan: Sie hätte sich um eine Strategie gekümmert, zu deren Nutznießern der ägyptische Präsident seit den Wahlergebnissen von 2011 gehört, obwohl Mursi die Erfolge im Innern um Rechtsstaat, verfassungsmäßige Ordnung und Wahrung des religiösen Toleranzgebots bislang versagt geblieben sind.

Die am Abend des 21. November in Kairo verkündete Waffenruhe, sollte sie anhalten, ist bei weitem kein Modell für den dauerhaften Frieden, zumal wenn ihre Grundlagen zu gegensätzlichen Interpretationen einladen: Kommt es zur israelischen Aufhebung der Blockade des Gazastreifens? Kann „ Hamas“ ihren militärischen Arm, die „Qassam“-Milizen, und den „Islamischen Dihad“ bändigen, über die sie die Kontrolle verloren hat, wie die jüngsten Anschläge in

Rishon le-Zion und in Tel Aviv beweisen? Und wer endlich kontrolliert die Waffenruhe?

Politisch substantielle Initiativen aus dem Westen dürften auch künftig verpuffen, weil nach allen bisherigen Erfahrungen schon ihre Ankündigung in der Region nicht ernst genommen wird. Zwar bewegt und sortiert sich das Pendel der Diplomatie im Nahen Osten neu, woran der Druck der US-Administration wenig ändern wird. Aber die Probleme werden damit nicht kleiner. Dafür sorgen die innerarabischen Rivalitäten und die tiefe Asymmetrie, die das Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern kennzeichnet.

-----